



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bratter, C. A.: Amerikanische Diplomaten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Amerikanische Diplomaten

Don C. U. Bratter in Berlin



err Gerard, der neue amerikanische Botschafter in Berlin, hat im Gespräch mit einem Interviewer auf zwei wunde Punkte hingewiesen, an denen der diplomatische Dienst der Vereinigten Staaten krankt. Der eine ist die unzulängliche Bezahlung der amerikanischen Vertreter im Auslande. Sie schränkt die Zahl der Amerikaner, die für die kostspielige diplomatische Vertretung überhaupt in Betracht kommen, von vornherein erheblich ein und zwingt die Washingtoner Regierung sehr häufig, statt die besten, die reichsten Männer ins Ausland zu schicken. Den zweiten Nachteil erblickt der Botschafter Gerard in dem Mangel an einem geschulten diplomatischen Korps. Tatsache ist ja, daß amerikanische Gesandte und Botschafter mitunter die diplomatische Routine weit weniger beherrschen, als ihre europäischen Kollegen, und daraus mag sich gelegentlich auch eine Schädigung amerikanischer Interessen ergeben haben. Tatsache ist auch, daß schon seit einer Reihe von Jahren in amerikanischen Zeitschriften die Frage erörtert wird, ob die Gründung einer Hochschule zur Vorbereitung für den diplomatischen Dienst empfehlenswert sei. Mit dem Erstarken der imperialistischen Strömung in den Vereinigten Staaten mehrten sich die Stimmen, die im Hinblick auf den regeren internationalen Verkehr zwischen Amerika und den Auslandsmächten auf die Notwendigkeit einer beruflichen Schulung der amerikanischen Diplomatie nach europäischem Muster hinwiesen. In der „North American Review“ wurde vor mehreren Jahren die Gründung einer „National School of Diplomats“ nach dem Vorbilde der Pariser „Ecole libre des Sciences politiques“ angeregt; der Vorschlag begegnete lebhaftem Widerstande. Die Mängel, die dem diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten lange Zeit anhafteten und sich zum Teil noch heute fühlbar machen, sind durch Fach-

schulen nicht zu beseitigen. Ihre Wurzeln liegen tief im politischen Organismus, in dem das ganze nationale Leben der Amerikaner durchdringenden Parteiwesen mit seinem schlimmsten Auswuchs, dem Beuteprinzip.

Vor dem spanisch-amerikanischen Kriege haben die Amerikaner der Diplomatie als Beruf fast gar keine Aufmerksamkeit geschenkt. Vor 1898 haben sie an den großen Problemen der internationalen Politik nur geringen Anteil gehabt. Die Vereinigten Staaten sind geographisch von den großen Militärmächten isoliert, sie haben keine feindlichen Invasionen, keine ernstesten Gebietsstreitigkeiten zu befürchten. Für die früheren englischen Kolonien, die sich 1776 freimachten und als Republik konstituierten, war diese Isolierung ein unschätzbare Segen. Das junge Gemeinwesen war dadurch aller Kriegsforgen und Kriegslasten enthoben und konnte sich ungestört dem inneren Ausbau, der Konsolidierung seines Staatswesens, den Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung widmen. Es konnte alle seine Kräfte auf diese Aufgaben konzentrieren; Militarismus und Imperialismus, die Sorge um ein stehendes Heer und um internationales „Prestige“ griffen nicht störend und Opfer heischend in die innere Entwicklung ein. Dieser gesegnete Zustand hatte naturgemäß zur Folge, daß die nordamerikanische Union sich um Vorbildung und Eignung ihrer diplomatischen Vertreter im Auslande wenig kümmerte. Unterstützt wurde diese Gleichgültigkeit durch einen hervorstechenden republikanischen Wesenszug. Der Nordamerikaner wechselt leicht seinen Beruf, ergreift leichtens Herzens irgendeine Beschäftigung, wenn diese auch seinem Entwicklungsgange fernliegt. Mutig und tatkräftig versucht er auf einem anderen Wege vorwärtszukommen, wenn der zuvor eingeschlagene nicht rasch genug zum Ziele führt. Diese vielseitige Brauchbarkeit, diese Beweglichkeit des Entschlusses ist ein Kennzeichen des Republikaners. Für das Vorwärtskommen des einzelnen ist diese Eigenschaft in hohem Grade nützlich; weniger erspriechlich ist sie für den Staatsdienst. Es ist die schwache Seite des republikanischen Staatswesens, daß der Grundsatz „everybody is fit for everything“ (jeder eignet sich für alles) allzu unbedenklich auch auf die öffentlichen Ämter ausgedehnt wird. In den Republiken verkennt man vielfach die Schwierigkeiten des Regierens und Verwaltens; man meint dort, jeder mit einiger Bildung und Intelligenz ausgestattete Mann sei imstande, die Routine und das Wesen eines öffentlichen Amtes mit Leichtigkeit zu erfassen und zu meistern. Speziell in Amerika werden die schlimmen Folgen dieser Auffassung noch verschärft durch die demokratische Abneigung gegen lange Amtsdauer, durch das Streben der beiden großen politischen Parteien, ihre Gewalt durch Vergebung von Ämtern zu befestigen, die Dienste der Parteifreunde zu belohnen und ihre Gegner aus den Ämtern zu verdrängen. Die unausbleibliche Folge dieser Praxis (im politischen Jargon der Amerikaner „spoils system“, Beutesystem, genannt) ist, daß der Berufsberuf drüben an größeren Schäden krankt, als in europäischen Ländern. Die Stellung der Regierungsbeamten ist weniger sicher, ihre Vorbildung ist im allgemeinen geringer,

die amtliche Technik weniger ausgebildet und die Durchschnittsleistung der Beamten kleiner als bei den großen europäischen Regierungs- und Verwaltungskörpern.

Von diesen, dem ganzen System anhaftenden Schäden ist begreiflicherweise auch die Diplomatie nicht freigeblieben. Bei der Auswahl der Männer, die von der Unionsregierung an die europäischen Höfe entsandt wurden, ist in vielen Fällen nicht die besondere Eignung für diplomatische Posten maßgebend gewesen, sondern lediglich die Rolle, die sie im Getriebe des innerpolitischen Lebens spielten. Nun sind die amerikanischen Berufspolitiker, die berücktigten „party bosses“ und ihre „heelers and henchmen“ bis auf einen kleinen Prozentsatz unkultivierte, mitunter sogar recht rohe Leute; und wenn ein solcher party boss als Belohnung für die seiner Partei geleisteten Dienste als Gesandter in eine europäische Kapitale geschickt wurde, so gab es dort natürlich Spott und Hohn die Fülle. Mitunter ließ die Washingtoner Regierung es auch in anderer Hinsicht an dem erforderlichen Judizium fehlen, so z. B. wenn sie (1861) den Kongreßabgeordneten Anson Burlingame an den Wiener Hof schickte, — einen allerdings tüchtigen Mann, der aber wegen seiner flammenden Kongreßreden gegen Österreich und zugunsten der Unabhängigkeit Ungarns in der Hofburg im höchsten Grade verhaßt war. Die einigermaßen fremdartigen Figuren, die man manchmal als amerikanische Gesandte an europäischen Höfen sah, haben der Welt eine Zeitlang gänzlich unzutreffende Begriffe von amerikanischer Kultur und Tüchtigkeit beigebracht. Es waren aber auch wirklich einzelne komische Gestalten darunter. Der eine glaubte, an den prachttrozierenden Höfen Europas demonstrativ die republikanische Einfachheit und Schlichtheit hervorheben zu müssen, und erschien deshalb vor dem Staatsoberhaupt in schlecht sitzendem Gesellschaftsanzuge; der andere wollte im Gegensatz dazu seine Anpassungsfähigkeit an europäische Gebräuche dartun, indem er in einer goldüberladenen, unmöglichen Phantasieuniform herumstolzierte. Die amerikanische Witzpresse bemächtigte sich dieser Typen in der an ihr bekannten grotesken Weise. Die „cartoonists“ des Buch und des Judge überboten einander in unbarmherzigen Zerrbildern des armen kleinen Generals Nunyon, der in den neunziger Jahren als amerikanischer Gesandter die Berliner Hofgesellschaft durch seine in allen Farben schillernde Milizgeneralsuniform ergötzte. Als Pendant hierzu erschien in den Witzblättern eine Zeitlang der Typus des „urwüchstigen“ amerikanischen Gesandten, der seine Antrittsvisite bei der jeweiligen Majestät in Hemdsärmeln, offener Weste, mit einem herabhängenden Hosenträger, die geflickten Beinkleider in den Stulpenstiefeln steckend, mit verwildertem Bart und Haar macht. Vor zwanzig Jahren machte die kleine satyrische Erzählung von dem amerikanischen Gesandten, der vor dem deutschen Kaiser mit einem merkwürdigen Orden von sechs Zoll Durchmesser erschienen sei, die Runde durch die amerikanische Presse. Der Kaiser, der einen derartigen Orden noch nie gesehen, habe den Gesandten gefragt, wo er die Dekoration erhalten habe; darauf

habe der Amerikaner stolz geantwortet: „That's of my own invention.“ (Den habe ich selbst erfunden.)

Das alles ist natürlich faustdicke Übertreibung im Exzentrifgenre. Tatsache ist nur, daß, wie schon gesagt, das System der Auswahl der Gesandten nach dem Beuteprinzip, verbunden mit der früheren amerikanischen Unkenntnis europäischer Gebräuche, nicht selten zur Entsendung unfähiger und wenig gebildeter Parteiboße führt, die in den heimischen Bier- und Whiskykneipen, den „saloons“, sich mehr am Plage und behaglicher fühlten, als in den europäischen Salons. Es ist ein wahres Wunder, daß diese „Diplomaten“ ihr Land nicht in blutige Kriege gestürzt haben, denn ohne grobe Verstöße gegen internationale Sitte und Anstand ist es bei ihnen sicherlich nicht abgegangen. Vermutlich haben die europäischen Kabinette solche Verstöße, die von dieser Seite kamen, nicht allzu tragisch genommen. Der britische Botschafter in Konstantinopel Sir Nicholas D'Conor sagte mir vor sieben Jahren, es habe eine Zeit gegeben, wo man in den europäischen Hauptstädten die amerikanischen Gesandten von vornherein als Amateure betrachtete und ihnen daher viel Geduld und Nachsicht entgegenbrachte. Man wußte, daß ihre „home interests“, ihre politischen und sonstigen Geschäfte in der Heimat, ihnen weit wichtiger waren, als der ganze diplomatische Krempel, in dem sie sich nicht zurechtfinden konnten, und daß viele von ihnen sich um eine Auslandsmission nur darum beworben hatten, weil ihre eitlen Frauen sie dazu drängten. Den „Diplomaten“ im Auslande entsprachen die „Staatsmänner“ in Washington vom Schlage der Chandler und Frye, Jingo-Typen von rührender Einfalt in internationalen Dingen. So sagte einmal Frye im amerikanischen Bundesssenat — es war dies drei Jahre vor dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges — mit gewinnender Gradheit: „Wenn ich Präsident wäre, so würde ich Kuba mit den Waffen in der Hand anneklieren, denn wir wollen die Insel schon lange haben.“ Simply because we want it. Wer wird sich auch mit den Chikanen und dem langweiligen Paragraphenfram des Völkerrechts lange abgeben? We want it, and that settles it. Gibt es eine einfachere Formel?

Dieser amerikanische Diplomantentyp ist vielleicht noch nicht ganz ausgestorben, aber er ist sicherlich im Aussterben begriffen. Eine neue, moderne Gattung, mit großer Bildung und erheblicher Kenntnis europäischen Wesens verdrängt allmählich die „Amateure“ von früher. Mit dem steigenden Verkehr zwischen Europa und Amerika, mit der zunehmenden Zahl der Amerikaner, die Europa bereisen und in Europa studieren, sowie anderseits der Europäer, die das große Land jenseits des Atlantik aus eigener Anschauung kennen lernen, ist auch das gegenseitige Verständnis für die Anschauungen, Sitten und Traditionen des anderen gewachsen. So ist es denn von selbst gekommen, daß die Amerikaner — namentlich seit ihrer stärkeren aktiven Beteiligung an der Weltpolitik — anfangen, die Notwendigkeit einer leistungsfähigen diplomatischen Vertretung zu begreifen; und ebenso konnten die Europäer die Wahrnehmung machen, daß in den Amerikanern brauchbares Material für ausgezeichnete Diplomaten steckt.

Der Übergang vom ungehobelten ex improviso-Diplomaten zu dem Tyus Andrew D. White, David J. Hill und anscheinend auch J. W. Gerard hat sich natürlich nicht über Nacht vollzogen. Es wäre überhaupt ein schwerer Fehler, anzunehmen, daß alle amerikanischen Gesandten der ersten hundert Jahre minderwertige Spießbürger und schlecht erzogene Bezirkspolitiker gewesen wären. Es läßt sich sogar behaupten, daß dieses Element in der langen Reihe der amerikanischen Gesandten stark in der Minderheit war; freilich waren sie zahlreich genug, um in Europa ein sich allmählich festwurzelndes Vorurteil gegen die Vertreter der amerikanischen Diplomatie hervorzurufen. Dieses Vorurteil erhielt gelegentlich neue Nahrung durch unliebsame Vorfälle, die ein eigentümliches Licht auf das Verhalten des Washingtoner Auswärtigen Amtes gegenüber seinen eigenen Gesandten warfen. Es kam mehr als einmal vor, daß Intrigen, die ihren Ursprung in innerpolitischen Rivalitäten hatten, die Abberufung eines amerikanischen Gesandten herbeiführten oder ihn zu vorzeitiger Demission veranlaßten. Der bekannteste Fall ist der des Historikers John Lothrop Motley, dem dies zweimal widerfuhr. Das erste Mal als er Gesandter in Wien war (1861 bis 1867). Der Präsident Andrew Johnson, ein roher und ungeschliffener Mann, der jeden feingebildeten Menschen instinktiv haßte, ergriff einen geradezu unglaublichen Anlaß, um dem bedeutenden Geschichtsschreiber eine Demütigung zuzufügen. Er erhielt im Oktober 1866 aus Paris einen Brief, der angeblich von einem gewissen Mc. Crackin geschrieben war und in welchem Motley gräßlich angegriffen wurde. Ohne sich auch nur von der Identität dieses Mc. Crackin zu überzeugen, übergab Johnson den Brief dem Staatssekretär Seward und ließ deutlich durchblicken, daß ihm eine Maßregelung Motleys erwünscht wäre. Seward ging bedauerlicherweise auf dieses Anstinnen ein und wollte den Gesandten wegen der ihm von Mc. Crackin angegedichteten Ungehörigkeiten (Motley sollte öffentlich auf den Präsidenten Johnson geschimpft haben) zur Rechenschaft ziehen. Der Gesandte kam der ihm drohenden Abberufung durch freiwillige Demission zuvor. Im Frühjahr 1869 wurde Motley vom Präsidenten Grant nach London geschickt, aber schon im Dezember 1870 wieder abberufen. Als Grund für diese nochmalige Maßregelung wurde offiziell angegeben, Motley habe die Instruktionen des Staatssekretärs Fish in bezug auf die Alabama-Angelegenheit nicht genau ausgeführt; in Wirklichkeit wollte Grant durch die Abberufung Motleys Rache an dem Staatsmanne Sumner nehmen, dem Gönner und Freunde Motleys, da Sumner (wie auch Carl Schurz) dem Plane des Präsidenten, Santo Domingo zu annektieren, lebhaften Widerstand entgegengesetzt. Wie zum Hohne ernannte Grant als Nachfolger Motleys einen gewissen Robert C. Schenck (einen Amerikaner holländischer Abkunft), dessen nationale Verdienste in der Abfassung eines Lehrbuches über — das Pokerspiel bestanden.

Motley war bekanntlich seit seinen Jugendjahren ein Intimus Bismarcks, den er 1832 in Göttingen kennen gelernt hatte. Als der berühmte Historiker George Bancroft, der die Vereinigten Staaten von 1867 bis 1874 in Berlin

vertrat, im September 1869 — gleichfalls infolge einer Intrige — abberufen werden sollte, bat Bismarck seinen Freund Motley in einem aus Paris datierten Briefe, er möge seinen Einfluß anbieten, damit Bancroft in Berlin belassen werde. Auch Bancroft gehörte zu Bismarcks Freundeskreise.

Ein anderer peinlicher Zwischenfall trug sich 1869 zu, als John B. Gale Gesandter in Madrid war. Gale wurde von dem Gesandtschaftssekretär Perry beschuldigt, das Gesandtschaftsprivileg der zollfreien Einfuhr von Gebrauchsgegenständen mißbraucht und Waren, die ihm unter diesem Privileg zugesandt wurden, zu seinem Vortheile verkauft zu haben. In Wirklichkeit war Gale einem skrupellosen Kommissionshändler, dessen Perry sich zu einer Intrige gegen seinen Chef bediente, zum Opfer gefallen. Auch Gale entging der Abberufung nur durch rechtzeitigen Rücktritt. —

Welch eine Liste berühmter Namen, Welch stattliche Anzahl wahrhaft bedeutender Männer steht jedoch der oben geschilderten Spezies gegenüber! Das Beutesystem belohnt nicht nur den Boß und den „heeler“, sondern auch hervorragende Männer, die sich um ihre Partei verdient gemacht haben; hie und da wurden sogar, wenn die Republik ein wenig mit ihren großen Bürgern kokettieren wollte, die Parteiunterschiede aufgehoben und bedeutende Männer auch aus dem gegnerischen Lager ins Ausland geschickt. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle alle Berühmtheiten aufzuzählen, die den nordamerikanischen Freistaat in Europa vertreten haben. Ich werde mich mit einer kleinen Auslese begnügen müssen. Der Name Benjamin Franklins, des ersten amerikanischen Gesandten, ist aller Welt geläufig; mit Franklin und den späteren Präsidenten Jefferson und Adams schloß Friedrich der Große 1785 den denkwürdigen Freundschaftsvertrag, durch den er als der erste Monarch des europäischen Festlandes die eben aus der Taufe gehobene amerikanische Republik anerkannte. Henry Wheaton, der größte aller amerikanischen Völkerrechtslehrer, war 1835 bis 1845 Gesandter in Berlin und hat in dieser Eigenschaft u. a. den Vertrag mit dem hannover-oldeuburg-braunschweigischen Steuerverein abgeschlossen. Wheaton war übrigens der erste regelmäßige diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin; John Quincy Adams, der später der sechste Präsident der Vereinigten Staaten wurde, war 1799 als Spezialbotschafter zu Berlin ernannt worden, allein die Mission trug bloß einen vorübergehenden Charakter und erlosch mit dem Abschluß des zweiten Freundschaftsvertrages von 1799. James Buchanan, der fünfzehnte Präsident, war in den fünfziger Jahren Gesandter in London; einer seiner Nachfolger war Charles Francis Adams, der Sohn des sechsten Präsidenten, einer der begabtesten Diplomaten der neuen Welt, ein Mann von seltener Energie und Klugheit. Motley hat, wie schon erwähnt, die Union in Wien und London vertreten; Bayard Taylor, der berühmte Dichter und Publizist, ist 1878 als Gesandter in Berlin gestorben. George Bancroft, der eminente Historiker, hat durch seine Tätigkeit als Diplomat die Entwicklung des positiven Völkerrechts mächtig gefördert; seine Naturalisationsverträge mit dem Norddeutschen Bunde und anderen deutschen Staaten wurden von der englischen Regierung als Grundlage ihrer

Verträge in Amerika akzeptiert. Simon Cameron, Kriegsminister unter Lincoln, „der Zar von Pennsylvania“, hat als Gesandter in St. Petersburg seinem Lande in der überaus kritischen Zeit des Bürgerkrieges die Freundschaft des mächtigen Rußland gesichert. Hannibal Hamlin, zur selben Zeit Vizepräsident der Vereinigten Staaten, ein Freund und Vertrauter Lincolns, der Hamlins außergewöhnliche Klugheit hoch schätzte, war Gesandter in Spanien, ebenso Caleb Cushing, ein hervorragender Jurist, einer der besten Attorney-Generals (Justizminister) der Vereinigten Staaten. James Russell Lowell, Gesandter in Madrid und London, gehört als Dichter und feinsinniger Essayist der Weltliteratur an; John Hay, 1879 bis 1881 Gesandter in London, einer der vornehmsten Publizisten des neuen Weltteils, wurde später Staatssekretär (Minister des Auswärtigen), als welcher er sich ganz hervorragende Verdienste erwarb; er ist vor einigen Jahren als Staatssekretär gestorben, nachdem er in Bad Nauheim vergeblich auf Heilung seines Herzleidens gehofft hatte. Wie Bayard Taylor, George Bancroft, J. M. Motley, Andrew D. White und verschiedene andere war auch John Hay ein aufrichtiger Bewunderer deutschen Geisteslebens. Reverdy Johnson, einer der wenigen amerikanischen Politiker, die ihr Denken und Handeln nicht in Parteifesseln schlagen ließen, hat als Gesandter in London den Alabama-Vertrag abgeschlossen. Johnson, Attorney-General im Kabinett des Präsidenten Taylor, war ein hervorragender, staatsmännisch denkender Politiker. J. A. Casson, Gesandter in Wien und Berlin, war Autorität auf verschiedenen volkswirtschaftlichen Gebieten, so auf dem des Post-, Eisenbahn- und Tarifwesens. Alphonso Taft, unter Grant erst Kriegs- dann Justizminister, war Gesandter in Wien und St. Petersburg. Levi P. Morton, Anfang der neunziger Jahre Vizepräsident der Vereinigten Staaten, war früher Gesandter in Paris. Einem Vorgänger Mortons, dem großherzigen und tapferen Elihu Benjamin Washburne, ist Deutschland zu großem Danke verpflichtet. Washburne hatte, schon ehe er als Gesandter nach Paris ging, im politischen Leben seines Vaterlandes eine ehrenvolle Rolle gespielt. Im Kongreß, dem er sechzehn Jahre hindurch angehörte, war er, „der Vater des Hauses“, überaus angesehen; 1869 war er kurze Zeit Staatssekretär unter Grant. Als Gesandter in Paris übernahm er nach der Abberufung des deutschen Gesandten den Schutz der Deutschen während der Belagerung und des Kommuneaufstandes und führte ihn unter großen Schwierigkeiten und Gefahren durch. Die hohe Achtung, deren er sich auch bei der französischen Regierung erfreute, war ihm bei dieser humanen Mission behilflich, denn die Pariser Behörden kamen ihm, soweit es nur ging, willig entgegen. Den ihm vom Kaiser Wilhelm angebotenen Roten Adlerorden lehnte er ab, dagegen nahm er die lebensgroßen Porträts an, die der Kaiser und Bismarck ihm übersandten. Auch Thiers und Gambetta ehrten seine Verdienste durch Überreichung ihrer Porträts. Thomas F. Bayard, in Cleveland's erster Administration Staatssekretär, war der erste amerikanische Botschafter. Whitelaw Reid, einer der bedeutendsten amerikanischen Journalisten und Politiker, 1892 Kandidat für die Vizepräsidentschaft der Vereinigten Staaten, war Bot-

schafter in Paris und in London; den ihm vor fünfunddreißig Jahren vom Präsidenten Hayes angebotenen Berliner Posten lehnte er ab. Amerikanische Gesandte, die ihrem Lande später als Kabinettsminister dienten, waren J. W. Foster (1892 Staatssekretär; ein hervorragender Kenner des Völkerrechtes, den 1895 der Kaiser von China bat, den Frieden mit Japan zu vermitteln), G. A. Hitchcock und C. C. Smith, beide Minister unter Mc. Kinley, und Oscar Straus, unter Roosevelt Handelsminister, der zweimal als Gesandter in Konstantinopel erhebliches Geschick und großen Takt an den Tag gelegt hat. Männer wie Karl Schurz (vor vierzig Jahren Gesandter in Madrid) und Andrew D. White brauche ich den Lesern nicht erst vorzustellen.

Dies wären in bunter Reihe die hervorragendsten Männer, die von der nordamerikanischen Union als diplomatische Vertreter ins Ausland geschickt wurden. Bedenkt man, daß die diplomatische Geschichte der Vereinigten Staaten wenig über hundert Jahre alt ist, so wird man zugeben, daß dies für einen so kurzen Zeitraum eine ganz präsentable Liste ist. Vergleicht man damit die Namen der Diplomaten, die von den großen europäischen Staaten nach Washington geschickt wurden, so ergibt sich sogar eine Unterbilanz für die Europäer. Wieviele ausgemachte Nullen hat z. B. das britische Gesandtschaftspalais in Washington in diesen hundert Jahren nicht beherbergt! Auch die Franzosen haben eigentlich nur einen einzigen Mann von internationaler Bedeutung nach Amerika geschickt, den unglücklichen Brévoist-Paradol, der seinen glühenden Patriotismus mit dem Leben bezahlte; er jagte sich im Juli 1870 in Washington eine Kugel durch den Kopf, als er von dem Ausbruch des Krieges mit Deutschland Kunde erhielt; denn er sah das Unglück seines Vaterlandes deutlich voraus. Im allgemeinen läßt sich von den europäischen Regierungen sagen, daß sie zu häufig den Fehler begingen, nach Amerika Männer zu entsenden, die für ihr Amt wenig mehr mitbrachten als Geld und eine nach europäischen Begriffen große soziale Stellung. Beides zählt aber in den maßgebenden Kreisen der Vereinigten Staaten sehr wenig. Der Mann, der den Amerikanern durch Aufwand und Luxus imponieren könnte, existiert in Europa nicht; kein Europäer kann in diesem Punkt mit den Amerikanern erfolgreich konkurrieren. Der Respekt vor dem Adel ist drüben, soweit er überhaupt vorhanden war, ganz bedeutend gesunken, seitdem ein Teil der europäischen Aristokratie so unverhüllt, fast geschäftsmäßig, die Jagd auf reiche Amerikanerinnen betreibt. Eine andere Gruppe europäischer Diplomaten verfällt in den Fehler, ihren Verkehr hauptsächlich auf den Präsidenten, den Staatssekretär und einige andere hohe Funktionäre zu konzentrieren. Nun sind in allen wichtigen Fragen der Politik drüben keineswegs der Präsident und sein Kabinett ausschlaggebend. Die entscheidende Rolle bei allen Fragen von größerer Bedeutung, also z. B. beim Abschlusse von Verträgen, bei der Festsetzung von Einfuhrzöllen und bei allen Angelegenheiten, die ins Ausland herübergreifen, spielen vielmehr die Parteiführer in beiden Häusern des Kongresses und in letzter Linie die Ausschüsse (committees) des Senats und des Repräsentantenhauses, in deren Schoße das

Schicksal aller Gesetzvorlagen entschieden wird. Die Mitglieder dieser Ausschüsse sind gemiegte und erfahrene Politiker, berechnende Männer der Praxis mit unheimlich scharfem Blick und bis zur Schroffheit gesteigerter Rücksichtslosigkeit. Diese Männer, die sich wahrlich durch Titel, Orden und Adelsprädikate nicht blenden lassen, bestimmen nicht nur die Richtung der auswärtigen Politik, sondern es liegt auch in ihrer Macht, das ganze Volk für oder gegen eine fremde Regierung und deren Forderungen zu beeinflussen. Durch Feste und Bankette, durch Glanz und Prunk sind diese Männer nicht zu gewinnen, denn sie sind entweder selbst sehr reich oder durchaus anspruchlos. Wer etwas durch sie erreichen will, der muß ihnen durch Geschicklichkeit, Lebenserfahrung, Weltkenntnis und Klugheit Achtung abringen. Durch geschickten Verkehr mit einflussreichen Senatoren und Repräsentanten wird der kluge europäische Diplomat erreichen, daß für die Vorschläge seiner Regierung schon eine sichere Majorität in den Ausschüssen gewonnen ist, wenn er sie dem „Staatsdepartement“ (Auswärtiges Amt) oder dem Präsidenten vorlegt. Leider verstehen sich nur wenige europäische Gesandte auf diese Kunst — trotzdem jeder von ihnen eine Diplomatenschule durchgemacht hat.



Zur Geschichte des staatsbürgerlichen Unterrichts



ie in unseren Tagen immer allgemeiner werdende Forderung, daß man schon die Jugend über das Wesen und die Aufgaben des Staates belehren und ihr eine tiefere Kenntnis der mannigfachen Erscheinungen des öffentlichen Lebens beibringen müsse, stammt nicht erst von heute und gestern.

Und wie bei allen modernen Erscheinungen, so ist auch hier unser historisch eingestelltes Empfinden bemüht, Ähnliches in früheren Zeitaltern aufzuspüren, um, wenn möglich, die Fäden zu verfolgen, die das heute Erstrebte mit dem früher Geforderten verbinden. Jede heutige Forderung sucht ja eine Art Beglaubigung in dem Nachweis, daß sie auf eine historische Entwicklung zurückblicken könne. Es ist auffallend, daß sich von diesem Bestreben auch nicht lösen kann, wer ein modernes Problem als solches rein systematisch zu behandeln unternimmt.

In dieser Weise ist auch das neueste Buch verfahren, worin das Problem der staatsbürgerlichen Erziehung nach allen Seiten hin beleuchtet wird, das von August Meffer*). Ab ovo, d. h. von den Griechen und Römern, bis auf den

*) Das Problem der staatsbürgerlichen Erziehung (Die Pädagogik der Gegenwart, herausgegeben von Mößuß u. Walfemann, Bd. VI), Leipzig 1912. — Mit dem historischen